

## **Partizipation und Internet: Von großen Hoffnungen und den Mühen der Ebene** *Christoph Meißelbach*

*Christoph Meißelbach ist Politikwissenschaftler und arbeitet als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Politische Systeme und Systemvergleich an der Technischen Universität Dresden.*

Als „das Internet“ in den 1990er von der Politikwissenschaft als Forschungsgegenstand entdeckt wurde, prägten von Beginn an Technikoptimisten verschiedenster demokratietheoretischer Provenienz den Diskurs. Jene erkannten in den technischen Gegebenheiten weitreichende Chancen zur Lösung oder wenigstens zur Abmilderung der Strukturprobleme moderner Demokratien: Politikverdrossenheit, Legitimitätsdefizite, Ungleichheiten. Dabei wurden stets auch und gerade partizipatorische Potentiale und neue Möglichkeiten zur Ausgestaltung demokratischer Prozesse und Strukturen besonders hervorgehoben. Die vernetzte, dezentrale und genuin nonhierarchische technische Struktur des Internets bringe neue kommunikative Möglichkeiten hervor, die dazu führten, dass sich moderne Demokratien wieder stärker mit den Bürgern vernetzten. So werde sich dem Idealbild einer „direkten Demokratie“ attischer Prägung wieder angenähert. Bürger, gleichsam versammelt in einer „virtuellen Agora“, könnten wieder mehr und unmittelbarer in Prozesse der politischen Willensbildung und Entscheidungsfindung eingreifen, was zu sachgerechteren und als legitimer empfundenen Entscheidungen führe.<sup>26</sup>

Natürlich standen diesen Internet-Optimisten auch Pessimisten und Relativisten gegenüber. Erstere verwiesen darauf, dass das Internet zum reinen Unterhaltungsmedium verkommen würde. Zudem bestünde die Gefahr, das Internet könnte Demokratien wegen der großen Missbrauchspotentiale bei Überwachung und Umgang mit persönlichen Daten mehr schaden als nützen. Auch wurde vereinzelt das Argument lanciert, die Verbreitung des neuen Mediums würde die Machtpotentiale demokratischer Institutionen erodieren lassen. Die Relativisten verwiesen darauf, dass sich Gesellschaften in ihrem Wesen durch die Einführung neuer Medien entweder nicht so grundsätzlich oder zumindest nicht so klar zum Guten oder Schlechten entwickeln.

Natürlich lagen sie alle falsch, und natürlich hatten sie alle recht. Denn all diese Positionen sind aus früheren Debatten um die neuen Medien ihrer Zeit wohl bekannt. So wurden auch mit Radio („Radiotheorie“) und Fernsehen („Teledemokratie“) weitreichende Wünsche und Ängste verbunden, die sich meist zwar in ihrer Tendenz als hellsichtig, in der Abschätzung der Folgen aber als falsch oder zumindest sehr ungenau herausstellten. Die Geschichte der sozialen Integration neuer Medien, der „Kolonisierung“ neuer Technologien durch Gesellschaften zeigt, dass die tatsächliche Entwicklung

---

<sup>26</sup> Zum demokratie- und kommunikationstheoretischen Rahmen der folgenden Ausführungen siehe ausführlich und mit weiteren Literaturhinweisen Meißelbach, C. (2009): Web 2.0 – Demokratie 3.0? Demokratische Potentiale des Internets. Baden-Baden; eine Kondensierung findet sich bei Kneuer, M. (2013): Bereicherung oder Stressfaktor? Überlegungen zur Wirkung des Internets auf die Demokratie, in: Kneuer, M. (Hrsg.): Das Internet: Bereicherung oder Stressfaktor für die Demokratie? Baden-Baden, S. 7-31; weiterführend siehe auch Kersting, N. (2012): The Future of Electronic Democracy, in: ders. (Hrsg.): Electronic Democracy. Opladen, S. 11-54.

meist zwischen diesen Polen lag und neue, vorher nicht antizipierte Folgen für Gesellschaften und politische Systeme hervorbrachte.

Nach zwei Jahrzehnten der Konjunktive in der politikwissenschaftlichen Internetforschung zeichnet sich immer klarer ab, wie das Internet moderne Demokratien westlichen Typs verändert – oder, um präziser zu sein: wozu diese Gesellschaften das Internet nutzen und wie dies demokratietheoretisch zu bewerten ist. Zwar wird in der gesellschaftlichen und auch politikwissenschaftlichen Diskussion noch immer fieberhaft nach den demokratisierenden Potentialen des Internets – einer technischen Vorrichtung, eines Mediums – gesucht und dabei so mancher Befund mit normativen Absichten interpretativ überdehnt. So halten die Occupy-Bewegung, die #aufschrei-Debatte, der Arabische Frühling und einige weitere Ankerbeispiele immer wieder als Positivbeispiele her. Es zeigt sich aber bei nüchterner Betrachtung ein immer klareres Bild, das wohl am besten mit der Metapher von den „Mühen der Ebene“ zu beschrieben ist.<sup>27</sup>

### **Transparenz als demokratisierendes Potential?**

Bevor zum Kern von Partizipation, also der Information, Mobilisierung und schließlich Beteiligung von Bürgern am politischen Prozess vorgedrungen werden kann, soll zunächst eine in diesem Zusammenhang immer wieder zentral behandelte Kategorie auf der Ebene politischer Prozesse und Strukturen betrachtet werden: Transparenz. Hier sind die Potentiale des Internets unübersehbar – und längst auch ganz real spürbar. Regierungen machen ihren Bürgern mehr und mehr Informationen zugänglich („Open Data“), aber auch von den Mächtigen nicht zur Veröffentlichung vorgesehene Daten lassen sich leichter aufspüren, kopieren, veröffentlichen und verbreiten („Whistleblowing“). Vielerlei institutionalisierte Informationsangebote und für politische Akteure durchaus unbequeme „Leaks“ haben die Transparenz des politischen Prozesses in modernen Demokratien fraglos massiv erhöht. Im Diskurs darüber wird aber allzu oft übersehen, dass Transparenz in Demokratien kein Wert an sich ist, sondern vielmehr nur ein Mittel zur Erreichung demokratietheoretisch wünschenswerter Zwecke sein kann. Was die Einhegung von Korruption und Kungelei, was die Zurechenbarkeit politischer Verantwortung und somit die Möglichkeiten zum Bezug von Informationen als Grundlage rationaler (Wahl-) Entscheidungen der Bürger und daraus resultierende Antizipationseffekte im Bereich der politischen Klasse angeht, scheint die durch das Netz gesteigerte Transparenz durchaus positive Effekte zu zeitigen. Trotzdem fällt Demokratie in keiner ideengeschichtlichen Strömung in eins mit perfekter Transparenz, und nicht jeder politische Prozess wird dadurch demokratischer oder gar „effizienter“, dass er öffentlich und damit unter den Bedingungen medialer Zuspitzung und Simplifizierung stattfindet, also „transparent“ ist.

Folglich wird mehr Transparenz nur dann demokratisierende Wirkung entfalten, wenn sie auf eine Gesellschaft trifft, die sie als *Werkzeug* nutzt, um eben tatsächlich mehr Menschen für Politik zu interessieren, mehr Partizipation zu entfachen oder schlicht sachgerechtere Entscheidungen zu treffen oder zu akzeptieren.<sup>28</sup>

### **Politische Informiertheit, Mobilisierung und Wahlbeteiligung**

---

<sup>27</sup> Im Folgenden wird also jener *relativ* gut erforschte Zusammenhang zwischen der Verbreitung des Internets und Partizipation in modernen westlichen Demokratien behandelt; die Wechselwirkungen des Mediums mit autokratischen Systemen sind ohnehin (nicht zuletzt aus methodischen Gründen) weit weniger gut erschlossen.

<sup>28</sup> Vgl. zum Hintergrund des Arguments Steffani, W. (1973): Parlamentarische Demokratie - Zur Problematik von Effizienz, Transparenz und Partizipation. in: ders. (Hrsg.): Parlamentarismus ohne Transparenz, Opladen, S. 17-47.

Diese Perspektive lenkt das Interesse auf die für alle internetoptimistischen Argumentationen zentrale Frage, ob das Internet politisch mobilisierende Effekte auf Individuen hat. Die Befunde sind durchaus nicht einheitlich, geben in der Summe jedoch Anlass zur Ernüchterung.<sup>29</sup> Weder konnte gezeigt werden, dass ein Internetzugang zu politischer Mobilisierung führt, noch bestätigte sich die dahinter liegende Hypothese, ein Internetanschluss erhöhe die politische Informiertheit von Individuen.<sup>30</sup> Vielmehr bekräftigen Studien zur Mediennutzung die Intuition, das Medium würde eben für allerlei genutzt (private Kommunikation, Unterhaltung, Shopping, Pornographie), rücke aber „das Politische“ nicht weiter in den Vordergrund. Damit widerlegt die Wirklichkeit ein in der Debatte populäres Argument, das auch für einen weiteren hier einschlägigen Gegenstandsbereich oft bemüht wurde. Die Möglichkeit der Beteiligung über das Internet senke die Transaktionskosten für Partizipation, weshalb etwa über Internet-Wahlen die Wahlbeteiligung gesteigert werden könne. Zahlreiche Modellversuche konnten diesen Effekt aber nicht zuverlässig reproduzieren. Die Wahlbeteiligung steigt durch die Möglichkeit von Online-Abstimmungen nicht per se an; mögliche Effekte hängen zudem stark von anderen Faktoren ab (Interface des eVotings, Mediennutzungskompetenz, verbreitete Deutungsroutrinen zum Thema Datenschutz usw.). Zudem sollte spätestens der NSA-Skandal die Sinne dafür geschärft haben, was Informatiker schon lange predigen: Ein derart sensibler Informationsaustausch wie der des Wahlaktes sollte wohl nicht auf so wenig vor Spionage und Manipulation geschützten Kanälen erfolgen.

### Neue Formen der Partizipation

Natürlich erschöpfen sich die partizipatorischen Potentiale des Internets nicht in der Digitalisierung des Wahlaktes. Inzwischen gibt es so vielfältige Erscheinungsformen, dass schon deren vollständige Aufzählung, besonders aber deren detaillierte analytische Reflexion den Rahmen sprengen würde. Grob kann unterschieden werden zwischen Partizipation im *invited space*, also im vom politischen System vorgegebenen Rahmen (Bürgerhaushalte, Wahlen, formelle Petitionen, Umfragen usw.) und im *invented space*, also im weniger formalisierten, zivilgesellschaftlichen Raum (Protestaktionen, Flashmobs, Candy- und Shitstorms, Leserbriefe bzw. nichtoffizielle Petitionen).<sup>31</sup> Bei erstgenannten fällt es häufig schwer, überhaupt (kontinuierliche) Beteiligung von mehr als ein paar Interessierten zu

---

<sup>29</sup> Wenngleich diese Befunde nur für Demokratien gelten, werden wohl doch sogleich die „Facebook-Revolutionen“ des Arabischen Frühlings als Gegenbeispiel in Stellung gebracht. Es ist aber zu bedenken, dass die Ursachen für den hohen Mobilisierungsgrad wohl kaum in der Verfügbarkeit des Mediums zu suchen sind. Jene dürfte sich sehr wohl als intervenierende Variable verstärkend auf den Grad der Mobilisierung ausgewirkt haben, kann aber aus Sicht der Transformationsforschung kaum als notwendige oder gar hinreichende Bedingung für die in Gang gebrachten Prozesse angesehen werden.

<sup>30</sup> Zu empirischen Befunden zu Mobilisierung und politischer Informiertheit für Deutschland siehe Emmer, M. / Vowe, G. / Wolling, J. (2011): Bürger Online. Die Entwicklung der politischen Online-Kommunikation in Deutschland. Konstanz; für einen allgemeinen Überblick siehe Meißelbach (2009), a.a.O., S. 99ff. Verweise auf Studien zum eVoting finden sich ebd., S. 144ff. und ausführlich bei Hall, T. (2012): Electronic Voting, in: Kersting, N. (Hrsg.), a.a.O., S. 153-176.

<sup>31</sup> Zu Konzepten und Typologien von Online-Partizipation und weiterführenden Überlegungen siehe Kersting, N. (2014): Online-Beteiligung - Elektronische Partizipation – Qualitätskriterien aus Sicht der Politik, in: Voss, K. (Hrsg.): Internet und Partizipation. Wiesbaden, S. 53-87. Unter einem ‚Shitstorm‘ – vom jüngst selbst betroffenen Markus Lanz recht treffend als ‚Stuhlgewitter‘ übersetzt – versteht man spontane Aufwallungen von Empörung, die sich in massenhaften Unmutsbekundungen auf den Kanälen der sozialen Medien Bahn brechen; im ‚Candystorm‘ werden Adressaten hingegen mit Zuspruch überschüttet.

induzieren, und einschlägige Pilotprojekte im *invited space* etwa der Bürgerhaushalte zeitigen folglich oft nicht die erhofften (in erster Linie: legitimatorischen) Effekte. Für die spontaneren und offeneren Partizipationsformate im *invented space* lassen sich hingegen leicht Beispiele finden, die deren Erfolg im Sinne von massenhafter Wahrnehmung und Beteiligung belegen. Ganz fraglos lässt sich in diesem Segment auf den ersten Blick nachgerade ein partizipatorischer Boom diagnostizieren. Allerdings zeigt sich auch, dass diese Formate Dynamiken entfalten, die demokratietheoretisch zumindest ambivalent zu bewerten sind. Erstens kanalisieren Aktionen wie Shitstorms und informelle Petitionen auf einschlägigen, von zivilgesellschaftlichen Akteuren oder kommerziellen Anbietern betriebenen Portalen oft sehr kurzfristige und teils gar affektive Reaktionen auf ganz unmittelbare Situationen. Sie agieren damit in erster Linie neue Formen spontaner Protestkultur aus, was zwar nichts per se Schlechtes sondern im Gegenteil etwas demokratietheoretisch durchaus Wünschenswertes ist. Allerdings erfolgt dieser Protest, oft getragen von inhaltlich kaum orientierten und nur sehr kurzfristig und niederschwellig mobilisierten „Wutbürgern“, allzu häufig ohne überwölbende ideologische Integration. Über den ganz konkret angeprangerten Zustand hinaus kann so schlechterdings unter den Partizipierenden kein Konsens darüber hergestellt werden, mit Rücksicht auf welche Interessen oder Ziele denn nun ganz konkrete politische Forderungen überhaupt formuliert werden sollen.

Solche neuen Partizipationsformen werden verschiedentlich ganz treffend als ‚Slackivism‘ bzw. ‚Clickivism‘ bezeichnet.<sup>32</sup> Es fehlt ihnen an Nachhaltigkeit, Motivation zur differenzierten Befassung mit Problemstrukturen oder gar zu deren konstruktiver Beseitigung. Auch taugen sie derzeit wenig dazu, demokratische Spielregeln (neu) zu erlernen und zu habitualisieren, weil tatsächliche gesellschaftliche Konfliktlinien und Problemstrukturen häufig zugunsten simplifizierter Feindbilder (‚die Politik‘, ‚der Staat‘, ‚die Wirtschaft‘) verwischt werden. Sie sind – jedenfalls in ihrer derzeitigen Form – kaum jene Instrumente des *empowerment* und *enlightened understanding*, die eine partizipative, sogenannte „starke Demokratie“ tragen könnten.<sup>33</sup> Mehr noch: sie generieren häufig Forderungen, die in den Verfahrensgang ‚klassischer‘, demokratisch legitimer Institutionen ohne weiteres gar nicht integrierbar sind. Es entsteht so – etwa aufgrund der politischen Folgenlosigkeit einer von einigen hunderttausend Zeichnern unterstützten ‚Petition‘ – der (zumindest auf Basis dieser Faktenlage zu Unrecht gewonnene) Eindruck, die ‚alten Strukturen‘ seien nicht responsiv, seien undemokratisch und verkrustet. Davon, ob es gelingt, diese neuen Partizipationsformen und -bedürfnisse mit dem regulären demokratischen Prozess zu synchronisieren, wird ganz entscheidend abhängen, ob die Nutzung des Internets Partizipation, Responsivität und Legitimität in modernen westlichen Demokratien zu verbessern helfen kann.

### **Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft**

Ob das Internet demokratisierende, partizipatorische, gar emanzipatorische Potentiale freisetzt, bleibt also eine offene Frage. Blindes Vertrauen darauf, dass dieses Medium westliche Gesellschaften zum Guten verändern würde, ist jedenfalls nicht angebracht. Ganz ohne Zweifel aber verändert es als „Medium der Massen“ und damit als *Öffentlichkeit* tragende Struktur die Art und Weise, wie über gesellschaftliche Konflikte informiert, diskutiert und deliberiert wird, auf welchen kognitiven und

---

<sup>32</sup> Kritisch zu niedrigschwelligen Partizipationsangeboten wie ‚clickivism‘, ‚slackivism‘ und ‚feel good activism‘ siehe Baringhorst, S./ Kneip, V. / Niesyto, J. (Hrsg.) (2009): *Political Campaigning on the Web*. Bielefeld; pointierter auch Mozorov, E. (2009): *The brave new world of slackivism*, online verfügbar unter: [http://neteffect.foreignpolicy.com/posts/2009/05/19/the\\_brave\\_new\\_world\\_of\\_slackivism](http://neteffect.foreignpolicy.com/posts/2009/05/19/the_brave_new_world_of_slackivism) (letzter Aufruf: 20.01.2014)

<sup>33</sup> Zum Konzept der starken Demokratie siehe Barber, B. (1999): *Three Scenarios for the Future of Technology and Strong Democracy*. *Political Science Quarterly*, 113, S. 573-590. Vgl. auch Dahl, R. (1998): *On Democracy*. New Haven.

sozialen Grundlagen partizipatives Handeln sich also ereignet. Hier nun sind demokratisierende Effekte wiederum offenkundig: Die Gatekeeper-Funktion von Massenmedien wird wenn schon nicht in der erwarteten Weise unterminiert (weil professioneller Journalismus auch im digitalen Zeitalter offenbar ein nachgefragtes Gut bleibt), so doch zumindest abgeschwächt. Eine wesentlich größere Anzahl von Akteuren hat dank des Internets die Chance, öffentlich wahrgenommen zu werden und Agenda Setting zu betreiben. Und tatsächlich lässt sich eine (teils von den geschilderten Veränderungen in der Protestkultur getragene) Steigerung von Aufmerksamkeit für Interessengruppen und zivilgesellschaftliche Akteure aller Art und von deren Handlungsspielräumen beobachten.

Allerdings ist auch hier auf gegenläufige Tendenzen zu verweisen. Im Zuge der Normalisierung im Nachgang der „Gründerzeit“ zivilgesellschaftlicher Artikulation im Internet hat sich wenig überraschend herausgestellt, dass der Wettbewerb um das knappe Gut Aufmerksamkeit mit steigender Anzahl der Akteure ein großes Maß an Ressourceninvestment und Professionalisierung notwendig macht. Auch haben sich im Internet mit Suchmaschinen, Social Media und vielfältigen anderen ‚content providern‘ ganz neue Gatekeeper etabliert, deren Selektionsalgorithmen wiederum meist ökonomischen Interessen folgen und selten einem gesellschaftspolitischen Ethos unterworfen sind, das über die Plattitüde des informellen Google-Firmenmottos (*„Don't be evil!“*) hinausgeht. Einmal mehr wird die schiere technische Möglichkeit konterkariert durch ganz handfeste soziale Faktoren, die dazu führen, dass eben doch nur ein kleiner Teil von Akteuren den Großteil der Aufmerksamkeit auf sich vereint.<sup>34</sup>

### **Ökonomisierung und Digital Divide**

Kritisch zu hinterfragen ist in diesem Zusammenhang auch, über welche Kanäle viele der oben beschriebenen Partizipationsformen fließen. Anders als in klassischen Massenmedien in Gestalt öffentlich-rechtlicher Formate ist es im Internet bisher nicht gelungen, wirklich ‚öffentliche‘ Räume zu etablieren. Vielmehr findet solche Partizipation eben auf den Portalen kommerzieller Anbieter statt (Facebook, Google, Twitter, Youtube), womit sie dem Qualitätsmanagement demokratisch legitimierter Institutionen weitgehend entzogen sind.<sup>35</sup>

Nichtsdestoweniger bietet das Internetzeitalter im Vergleich zur Ära klassischer Massenmedien niederschwelligere Möglichkeiten öffentlicher Wahrnehmung. Aus demokratietheoretischer Sicht kann das aber nur dann positiv bewertet werden, wenn dies für öffentliche Diskurse auch Folgen hat – zum Beispiel im Hinblick auf die Diskrepanz zwischen wahrgenommener und tatsächlicher Relevanz zu lösender gesellschaftspolitischer Probleme. Es besteht derzeit wenig Anlass, dies zu hoffen. Denn wenngleich die neuen technischen Möglichkeiten fraglos das (punktuell sicher auch urbar gemachte) Potential bieten, mehr Problemlösungsansätze und -kompetenz in den öffentlichen Diskurs einzuführen, leidet selbiger gleichzeitig an den mangelnden Möglichkeiten der Moderation und am Erodieren eines wirklich umfassend öffentlichen Diskursraumes. Wurde durch Massenmedien zwar autoritativ, aber immerhin überhaupt ein gemeinsamer Bezugsrahmen öffentlicher Diskurse geschaffen, so befördert das Netz die Partikularisierung solcher Debatten. Diese Verinselung erfolgt aber anscheinend nicht problembezogen, sondern vielmehr (wenig überraschend) entlang von Konfliktlinien zwischen epistemischen Gemeinschaften. Statt einer offeneren, pluraleren, weniger vermachteten Öffentlichkeit entstehen ideologisch konsistente Teilöffentlichkeiten, deren gemeinsame Diskursgrundlage zunehmend erodieren könnte. Die Grundlagen für interaktive

---

<sup>34</sup> Siehe zu alldem Meißelbach (2009), a.a.O., S. 102ff. und die Beiträge in Voss, K. (2014), a.a.O.

<sup>35</sup> Der im Konzept der Post-Demokratie (Crouch, C. (2004): *Post-Democracy*, Cambridge) gebündelten, kritischen Gegenwartsdiagnose wird somit ein weiterer Mosaikstein hinzugefügt: Auch hier vollzieht sich vermeintlich Demokratisches im Flussbett ökonomischer Rationalitäten und ohne zurechenbare Anbindung an tatsächliche Entscheidungsfindung.

Kommunikation, für konstruktive Deliberation werden, so scheint es, durch die neuen medialen Bedingungen nicht etwa befördert, sondern möglicherweise gar beschädigt.<sup>36</sup>

All dies ist zudem im Kontext gesellschaftlicher Mediennutzung zu sehen. Nach wie vor sehr robuste Befunde zeigen nämlich eine digitale Spaltung der Gesellschaft („digital divide“) in gleich doppelter Hinsicht auf. Entlang der üblichen soziodemographischen Variablen (Alter, Geschlecht, Bildungsgrad, Einkommen) lassen sich – erstens – systematische Unterschiede im Zugang zum Internet ausmachen. Einige Bevölkerungsgruppen sind also schon mangels technischer oder kommunikativer Möglichkeiten (mehr oder weniger stark) von den oben skizzierten Potentialen abgeschnitten.<sup>37</sup> Es gibt – zweitens – auch unter den „Onlinern“ systematische Verzerrung im Hinblick auf die Nutzung von politischen Informations- und Partizipationsangeboten. Grob vereinfacht bekräftigen die Befunde die sogenannte ‚Verstärkerhypothese‘: Es beteiligen sich vor allem jene im Internet, die ohnehin schon überdurchschnittlich hohes politisches Interesse aufweisen. Dies aber sind in der Regel relativ wohlhabende und/oder gut gebildete Individuen. Die doppelte digitale Spaltung offenbart abermals die demokratiethoretische Janusköpfigkeit des Internets: Es mögen Bürger zwar durchaus bessere Chancen auf Partizipation haben, nur sind dies überzufällig häufig jene, die ohnehin schon privilegiert oder zumindest politisch überrepräsentiert sind.<sup>38</sup>

### Lehren für die Demokratie im Internetzeitalter

Wie ist Partizipation im Internet also zu bewerten; und was lässt sich aus alldem für Praktiker lernen? Es wurde gezeigt, dass prinzipielle technische Potentiale eines Mediums keine direkten Rückschlüsse darauf erlauben, welche Effekte die Verbreitung dieses Mediums tatsächlich zeitigen. Die technische Infrastruktur des Internets erlaubt fraglos eine breite Palette an Partizipationsformaten, die moderne Demokratien voran bringen *können*. Eine sich daraus ergebene Entwicklung aber als Selbstläufer zu betrachten, wäre fatal. Neue demokratische Praktiken auszuprobieren, bedarf weiterhin der engagierten politischen Bildung und neuerdings eben auch der verstärkten Vermittlung von Medienkompetenz. Zudem und darauf aufbauend ist darüber nachzudenken, wie solche Schnittstellen zwischen *invited* und *invented space* herausgebildet werden können, mit denen es gelingt, neue partizipatorische Potentiale und Bedürfnisse in der Bevölkerung zu absorbieren. Allerdings scheint dabei nach aktueller Befundlage die Online/Offline-Heuristik wenig fruchtbar zu sein. Sie suggeriert eine Trennung zwischen ‚Cyberspace‘ und realer Welt, die in Zeiten von Smartphones, *augmented reality* und dem „Internet der Geräte“ längst ein Anachronismus ist. Das Internet ist Teil der sozialen Wirklichkeit und kein mit jener in Interaktion tretender Monolith. Es bietet Chancen und Risiken. Jene gilt es wissenschaftlich zu erforschen und politisch zu gestalten. Politischen Eliten sei jedenfalls in aller Deutlichkeit ins Gewissen geredet. Die Notwendigkeit der Steigerung von Responsivität, die Erschließung neuer Quellen von Legitimität, vulgo: die stärkere Integration der Bürger in den politischen Prozess erledigt sich mit dem Internet nicht gleichsam von selbst. Sie verlangt vielmehr auch mutige institutionelle Lösungen.

---

<sup>36</sup> Vgl. zu alldem Zehnpfennig, B. (2013): Mehr Transparenz – weniger Demokratie? In: Kneuer, M. (Hrsg.), a.a.O., S. 35-56. Es zeigt sich zudem, dass auch im digitalen Zeitalter reale face-to-face-Kommunikation für politisches Handeln elementar bleibt.

<sup>37</sup> Dies ist auch nicht etwa nur ein Übergangsphänomen. Für ältere Bevölkerungsgruppen mag dieser Effekt sich nivellieren, aber Armut, mangelnde Mediennutzungskompetenz und viele andere Gründe für soziale Benachteiligung werden auch in Zukunft ein Grund bleiben, von digitalen Partizipationsangeboten ausgeschlossen zu sein.

<sup>38</sup> Zur doppelten digitalen Spaltung vgl. Meißelbach (2009), a.a.O., S. 99ff.